

# Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementssatz pro Quartal 80 Pf. (ohne  
Postgeb.). bei Ausgabe unter Straußband  
1,20 M.

Gesellschaftsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Abonnementssatz: die vierseitige Zeitung 40 Pf.

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Veranschlagt vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4387.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 43.

Berlin, den 28. Oktober 1906.

7. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Mannheimer Dokumente. — Der neue Tarifvertrag im Buchdruckergewerbe. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Rundschau: Die Antwort der Grubendorfer Vergleute. Ein Streitfassier, wie er nicht sein soll. Grau Theorie, gelin ist der Baum des Lebens. Die gemeinschaftliche Statistik. Der sozialistische Staat. — Sozialistische Bewegung. — Verbandsnachrichten: Würzburg, Bühlertal, Steele, Mülhausen f. G., Aachen, Wanne, Darmstadt, Kassel, Bonn, Oppenheim, Worms. — Würzburg. — Wannenau. — Wiesbaden. — Salzgitter. — Bergmannsland. — Wetzlar. — Wetzlar.

## Mannheimer Dokumente.

II.

Schon vor dem 21. Januar war man sich in den führenden „Genossen“, vor allem des sozialdemokratischen Parteivorstandes, klar geworden, daß man doch ziemliche Dummheiten gemacht habe. Das Blatt der Massenstreit-Debatte seitens der papierenen revolutionären und ihr fletes Anblasen zur Offensivierung wachgerufen, hatte die Verantwortlichen aber nicht gemacht, denn sie bemerkten, daß die „Genossen“ die ganze Geschichte für etwas anderes wie Selbstfehler gehalten hatten, und hatte vor allem die Gewerkschaftsführer auf den Plan gebracht. Letztere wussten genau, daß die Jenaer Massenstreit-Posse erneut kommen, den Ruhm der Gewerkschaften beben und somit ein eßlängerter Verrat an den Arbeitern würde. Alle diese Konsequenzen mußten ja jedem Dummsten gemach dämmern und so wurde die Bremse angezogen. Daf, was in Jena als weißt wurde, nun als Schwarz erklärt und selbst der Demagoge und Stimmungspolitiker Bebel hatte, von Generalkommission in eine Falle gelockt, erklärt: „In Schland lägen die Verhältnisse so, und besonders in Preußen — letzterer sei ein ganz anderer Staat, wie er in der Welt kaum vorkäme — daß eine glückliche Lösung des politischen Massenstreits nicht gut sei. Es sei daher der Parteivorstand schon in letzter Zeit, allen derartigen Lügen, einen Streit in Szene zu setzen, gegengetreten, so in Sachsen, ebenso in Hamburg und Preußen, von wo bestimmte Blätter kamen, und insbesondere in.“ (Siehe Geheimprotokoll Seite 7.)

Diese Ausführungen wurden ja später, als die Stadt Bebel auf den Platz rückten und ihn als Lügner und Lügen erklären, der in Jena ein Gaulspiel getrieben von diesem als nicht ganz richtig hingestellt, die Personen, die die Feststellungen machten, vor Silberschmidt, scheinen uns doch zuverlässiger in Einsicht zu sein, wie Bebel. Nur, daß Resultat dessen genannt Fehmgericht über den Parteivorstand dem Päplow sagte, daß er „stets schwänze“ dem „die Zeitung nicht in guten Händen sei“, war selbstlose Debatte zwischen den Gewerkschaften und der „Einigkeit“ der Anarchosozialisten, von der vermuten, daß sie von den Gewerkschaftsfeinden in Partei selbst befiehlt wird, veröffentlichte das Protokoll für Stück und sie erreichte ihren Zweck! Der Vorstand gab über den Kopf der freien Centralde die die Herausgabe abgelehnt hatten, das Prober Februarverhandlungen heraus und machte sich groben Vertrauensbruches schuldig. Eigentlich war es ja nur konsequent, denn die Gewerkschaftsführer sind sämtlich Parteigenossen und haben sich den Maßnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu fügen. Also was wollten sie denn! Die Auflösung des Protokolls löste einen Wutschrei bei ökonomischen Elementen aus, der sich zu einem Kessel gegen die Gewerkschaftsführer gestaltete. Sehr trat die Ohnmacht der sozialdemokratischen Partei zu, indem der „Vorwärts“ selbst absattelte und in Artikelserien die ganze Massenstreitdebatte als erklärte und das Wörthchen „gegebenenfalls“ seiner Resolution als Strohalm ergriff. Diese war nur ein Geständnis der inneren Schwäche und der Gewerkschaftsführer befiehlt, daß die ganzen Praktiken der Gewerkschaften einflussreiche Presse, nur Theater- und fauler Zauber seien. Dieses Bild bestätigte auch der Mannheimer Parteitag, dessen Geschäftsbüro im ersten Artikel in den gravierenden Punkten

Das Ganze, ein Eingeständnis der inneren Ohnmacht und Schwäche, und deshalb mehr und innigeren mit der realen Macht, mit den freien Gewerkschaften. Dieses Zustande zu bringen, ist denn auch in dieses zu erreichen, bedurfte es zweierlei: Zum einen Bebel einen verhüllten Rückzug machen, in

welchem er die Gewerkschaftsführer etwas streichelte und dann mühte eine taktische Resolution die Geschichte vertextern. Wir möchten aber, bevor wir dieses feststellen, vor einem Irrtum warnen. Man glaube ja nicht, daß die Führer der „freien“ Gewerkschaften, die ja teils den größten Spießbürgern nichts nachgeben im Neustarten — aus tieferen Gründen gegen den revolutionären Putsch sind, nein, es trieb sie hier zu 90 Prozent taktische Beweggründe. Also innerlich sind sie dieselben, nur aus zweckmäßigkeitsgründen gerieren sie sich als Hinter des Kapitols.

Bebel hatte in Jena einen schweren Stand. Rundschau möchte er nachweisen mit: wenn und aber, daß das Geheimprotokoll seine Neuverträge über den Massenstreit völlig entstellt habe. Es wurde ihm das herzlich sauer, denn hinter dem listigen Silberschmidt standen verschmitzt lächelnd die Generalkommission und Konsorten, wie die „Einigkeit“ leute. Dann aber begann das Streicheln:

„Schon ein Blick auf die bisherige Massenstreitdebatten zeigt, daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und Mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreits nicht gedacht werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen nur 400 000 beträgt, muß jeden vernünftigen Mann davon überzeugen, daß die Arbeitseinstellung dieser, selbst wenn man einen gewissen Anhang dazu rechnet, wirkungslos sein muß. Es ist geradezu undenkbar, einen Massenstreit durchzuführen, ohne daß in den Massen die Gesamtstimmung dazu vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Massenstreitstimmungen aber lassen sich nicht künstlich machen. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben wir gesehen, als Mitte August d. J. die Führer der russischen Sozialdemokratie mit zwei Dritteln Mehrheit den Massenstreit beschlossen. Dieser Massenstreit aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterorganisationen erklärten, sie machen nicht mit. Das sollte eine sehr bemerkenswerte Lehre für diesen sein, die da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreit zu machen (Sehr richtig!)“

Ach, was tat das den armen verheerten Gewerkschaftsgenossen gut, wie schmeckte das ihrem Größenwahn. Aber der alte Bebel hatte sich auch völlig verändert. In Jena erklärte er pathetisch: „Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein und die Stimmung muß erst geschaffen werden.“ Und in Mannheim erklärte er diesen Standpunkt für „unvernünftig“. „Massenstreitstimmungen aber lassen sich nicht künstlich machen.“ Die Niede Bebels war denn auch im Ganzen ein Fechtkunststück, das aus einer heissen Situation herausgeholfen sollte. Um den Nimbus zu retten, enthüllte er denn selbst die wandelbare, unbestimmbare Politik seiner Partei. So habe Liebknecht noch vor acht Jahren in bezug auf den preußischen Landtag erklärt:

„Ach, was geht mir der preußische Landtag an, den lassen wir verfaulen.“ Und „ich selbst“, so führte er weiter aus, „habe in Köln (Parteitag 1893) eine donnernde Philippa gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen gehalten. 56 Jahre haben wir uns nicht um den Landtag gekümmert.“

Und jetzt wollte man um das Landtagswahlrecht einen Massenstreit inszenieren, nein, das war aber auch zu schmuck! Da muß der politische Bankrott der sozialdemokratischen Partei erst noch größer werden und so deklarierte er: „Wir betrachten den Massenstreit als die letzte Rettung unserer Partei, aber als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anwenden müssen.“ Also als Mittel zur Parteirettung, nicht um dem Preußenstaate etwas abzutrotzen. Was sind Worte, um die innere Verzweiflung dieser abgetakten Fanatiker zu schildern.

Er berührte dann wieder die Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreit:

„Es entsteht nun speziell die Frage: Wie stehen unsere Gewerkschaften zum Massenstreit? Sie wissen alle, daß bei den Debatten, die wir voriges Jahr in Jena gehabt haben, teilsach auf die Jenaer Resolution bezug genommen worden ist und die Meinung vertreten wurde, daß jene Resolution mit der Jenaer in einem erheblichen Widerspruch steht. Ich will mich hier über diese Frage nicht weiter aussprechen. Ich möchte aber doch das eine konstatieren, und zwar tue ich es mit Freuden, daß so viel Unangenehmes in bezug auf die Partei aus den Reihen einzelner Niederer auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin ausgesprochen worden ist, die Verhandlung im großen und ganzen doch gezeigt hat, daß wir uns trotz aller dem bedeutend näher gekommen sind als das noch in Jena der Fall zu sein schien. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen.“

„Das wir die Gewerkschaften für die Idee des Massenstreits gewinnen müssen, erscheint mir ganz zweifellos. Ebenso, daß der Massenstreit ohne die Gewerkschaften nicht durchführbar ist.“ Und zum Schluß machte er dem „verrotteten“ deutschen Staate noch folgendes Kompliment, ohne Frage zur Entschuldigung des Parteivorstandes. — Es ist eben bei uns anders, wie in anderen Ländern Deutschland ist ein Staatwesen,

wie es zum zweiten Male auf der Welt nicht existiert. Man mag das da oben (Regierung) als Kompliment ansehen, es ist aber Wahrheit, und diese Wahrheit müssen wir uns eben vor Augen halten und danach unser Handeln einrichten.“ Mit diesem Geständnis, daß so eine recht herzliche Ironie auf das Geprahle der kleinen und auch teils großen roten Agitatoren ist, wenn sie alles Deutschland immer in Grund und Boden verbannen, schloß er seinen Rückzugsgespräch.

Dann folgte Legion, der Vorsitzende der Generalkommission, mit einem Korreferat. Wir werden den Content dieses alten „rlichen Drachentöters in der nächsten Nummer schildern.

## Der neue Tarifvertrag im deutschen Buchdruckergewerbe.

I.

Es gibt in Deutschland keine Gewerkschaft, die sich eine solche Verbormung durch die sozialdemokratische Partei im Laufe der Jahre hätte gefallen lassen, wie die der Buchdrucker. „Correspondent“ Nr. 122, vom 18. Okt. 06.

rauhausamt ist der Siegeszug des Tarifgebäckens. Immer vollkommener werden die Formen desselben. Ein Beweis dafür ist das deutsche Buchdruckergewerbe. Nach 10jährigem Bestehen des Tarifvertrages sind jüngst wiederum die Gehilfenvertreter und die Arbeitgeber-Delegierten zusammengetreten, um wiederum auf vertraglichen Wege die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Viele lange Tage dauerten die Beratungen, in denen zweitlos hart auf beiden Seiten gesuchten wurde, um möglichst günstige Bedingungen zu erzielen.

Die Beratungen sind beendet, das Werk ist gelungen, selbstverständlich nicht ohne gegenseitige Konzessionen. Wo wäre es auch anders? Wo würden in solchen Fragen jemals alle Wünsche der Partner erfüllt. Mitgenöß! Immer ist das Ende: die Politik der Verständigung und des Entgegenkommens, und der macht sich ungehobelt lächerlich, der mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen unternimmt. Was haben die Buchdrucker erzielt? Eine Erhöhung des Sohnes um 10 Prozent im Durchschnitt und die Verkürzung der Arbeitszeit um  $\frac{1}{2}$  Stunde pro Woche, in Summa die Woche 53½ Arbeitsstunden. Dieser materielle Erfolg ist festgelegt auf weitere fünf Jahre, erfolgt dann keine Revision des Tarifs, gelten die Festlegungen auf weitere fünf Jahre, also im ganzen auf 10 Jahre. Also von 1906 bis 1911, eventuell bis 1916!

Ein 10jähriger Tarifvertrag, der nach fünf Jahren revidiert werden kann, gibt es einen besseren Beweis, daß die Gewerkschaften imstande sind, im Gewerbe konervative Grundlagen zu schaffen?

Zehn Jahre Vergangenheit, 10 Jahre Zukunft, ist das keine Periode, in dem sich gewerbliches Leben zur Blüte entwickeln kann? Welch eine Illusion, daß gerade eine Gewerkschaft eine solche Tarifpolitik betreibt, die nun einmal als die intelligente Arbeiterschaft gilt, die ferner einen der unentbehrlichsten Produktionszweige beherrscht, und was für uns am wertvollsten ist, die dem Gesamtverband der sozialdemokratischen Gewerkschaften angehört, der soeben noch in Mannheim die Hand reichte zum eventuellen Massenstreit in der Produktion!

Welche Ironie der Geschichte, welch ein Verhöhnern jeglicher sozialdemokratischer Katastrophen, Glenda, Klassepolitik usw., Welch eine direkte Widerlegung jener Theorie, die „die Gegenseite immer schärfer“ werden läßt. Damit deutlicher den sozialdemokratischen Arbeitern von einer teils sozialdemokratischen Gewerkschaft, die unter teilweise sozialdemokratischer Führung steht, die Utopierei der ganzen sozialdemokratischen Zukunftsumstift vorbereitet werden?

Dieser tatsächliche Erfolg über die Phrasen, über alle Revolutionsromantik, befriedigt uns innerlich, neben dem gewerblichen Kompliment, dessen Taktik auch uns sympathisch —, am meisten. Doch zurück, wie stehen die Wohnverhältnisse der Buchdruckergehilfen nach dem neuen Tarif? Es heißt da im Vertrage: „Das Minimum des gewissen Geldes beträgt für Buchdruckergehilfen:“

Bis zum Alter von 21 Jahren wöchentlich 23 Mark, im 21—24 über 24 24

Hierzu kommen noch die Lohnzuschläge, die je nach Einwohnerzahl der Orte sich erhöhen um  $\frac{1}{2}$  bis 25 Prozent. Beispielder Überstände heißt es: „Wird die Arbeitszeit durch Lebsekunden über 11 Stunden erhöht, so tritt für diese Mehrsekunden eine Entschädigung von 5 Pf. pro Stunde ein.“ Für die Maschinenniederer und Drucker sowie Maschinenseher sind die Bedingungen ähnlich geregelt. Für die Durchführung des Tarifvertrages gilt das Tarifamt, wie die örtlichen Schiedsgerichte als Unterinstanzen. Das ganze Deutsche Reich ist in zwölf Kreise eingeteilt. Dem Tarifamt in Berlin ist als Rechtsprechung ein Juristischer Rat beigegeben, der im Tarifamt als Berufungsinstanz den Tarif führt.

Dieser Tarifvertrag ist dann noch separiert abgeschlossen zwischen dem „Deutschen Buchdruckerverein“ (Arbeitgeber) und dem „Verbande der deutschen Buchdrucker“ (Freie Gewerkschaft). Es heißt da im § 1: „Der Tarifvertrag bezweckt die Regelung des Buchdruckergewerbes, die Durchführung und Bespielung der tariflichen Rechte und Pflichten der Prinzipale und der Gehilfen und die Erledigung aller das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten, und zwar unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, wie das seitens der vertragsschließenden Vereine zu be-

reicht um diese ein Schutzmittel gegen die Kriegszeit zu haben, heißt es in den § 5c. „Der Deutscher Buchdrucker und seine Freunde hat durch Einrichtung eines auf freiem Füge und Lederer Ver- einten Buchdruckerverbandes einen Schutzmittel, um bei dem Zeitpunkt der Einführung eines neuen Vertrages sich darum zu kümmern, daß die Rechte und Pflichten des Deutschen Buchdruckerverbands nicht durch die neuen Rechte und Pflichten des Deutschen Buchdruckerverbandes bestimmt werden.“ Deutsche Vereine schließen damit für ihre Mitglieder einen allgemein tariflichen Rechten und Pflichten derselben bestimmenden Vertrag ab. „Ein neuer Passus, der „zwei Seiten“ hat, wird von dem man erst auf die Dauer erschaffen wird, wie er gemeint ist, lautet: „§ 4. Der Tarifvertrag verpflichtet: a) die Mitglieder des „Deutschen Buchdruckerverbands“ (Baltische), nach solche Gesellen einzustellen, die dem „Verbande der deutschen Buchdrucker“ angehören; b) die Mitglieder des „Verbandes der deutschen Buchdrucker“, mit in solchen Druckereien tätig zu werben, deren Inhaber dem „Deutschen Buchdruckerverband“ angehörende Gesellen, die bei Abschluß des Vertrages das 50. Lebensjahr erreicht haben, fallen nicht unter die Bestimmung a des § 4 des Vertrages.“

Dieser Passus ist, wie gesagt, neu im Vertrage, er ist aber nicht neu im Vertragsgesetz überhaupt. Auch in hauptsächlichen Verträgen befindet er sich hier und da. Vorläufig dürfte er mit einer Formel bedecken, da dem Prinzipsverein fast nur ein Druck der gesuchten Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe angehören. Bis die dem Prinzipsverein beigetreten sind, dürfte mehrere Jahre Zeit vergehen. Es ist für denselben eine Übergangszeit von zwei Jahren vorgesehen.

Ergebnisse zu nehmen braucht man unserer Ansicht nach dieser Partei nicht, die übrigen Organisationen sollen nur etwas auf der Hut feiern, damit können sie sehr gut diesen Beschluss unterstützen. Sie haben vorläufig die besten Interessen.

Der Vertrag ist also perfekt und damit im Tarifvertrag verschieden eine großer Erfolg vorwärts getan. Von Standpunkt des gewerkschaftlichen Schieds ist nur selbst der gewerkschaftliche Einvernehmen ist das nur zu begrüßen, wenn auch in ähnlich unzureichender Formulierung, denn Frage des Laien kann sehr viel geboten wird. Für allein müsse unseres Standpunkts die nächste Tarifverhandlung eine Verbesserung der Arbeitszeit bringen, die bestimmt durch die technische Entwicklung beginnt, möglich sein sollte. Voraussetzung ist die Einstellung des Sachverständigen des Industriearbeitsrates, der Gehilfenchaft im Verbände, und

## Schlußmeinung des Verfassers.

Alle Vorstände, die bis 23. Oktober ihre Neuwahl gemeldet haben, werden hiermit bestätigt.

Wiederholte ich darauf hingewiesen, daß die Aussendung der statutarischen Schenkungen über die Mitglieder- und Berufesverhältnisse, wie hier die Sozialberufe gegen noch immer nur mangelhaft erfolgt. Gern so geht es mir der Erfüllung der Abrechnungen vom 1. Quartal. Wir erfordern unbedingt alle Vorstände wie die Sozialbeamten und Verbundesfunktionäre bringend, auf diese Arbeiten mehr Gewicht zu legen und sich Rücksicht auf die gewünschten

## Der Serbische Schrift.

## 兄弟情深。

Die Wirkung der Gründesätze an die Bergleute ist, wenn auch noch nicht definitiv, so jedoch zweifellos sicher, erfolgt. Sie bestätigt: Eine Erhöhung der Löhne ist bereits eingefüllt im Laufe des Jahres und kann darüber die Höhe der jährlichen Erhöhung, die geplant war, nicht beeinflussen. Ein-

indigt wurde, ist bereits im Gange. Die Vertraulichkeit der geistlichen Gemeinschaften wollen daher in den einzelnen Sitten für eine systematische Durchführung sorgen. Insbesondere auf die der Männer und ausreichende Sanatoriumsarbeit zu verhelfen und durchgeführt werden. Gewiss ist dies ein unzweckhafter bei der gemeinschaftlichen Wohltätigkeit der Religion seien ein Ziel, wo Arbeitervereine und Geschäftshäuser eingespielen, darf es von der Religion unabhängig sein. Wer damit ist der Erfolg gewinnt, und wird der Friede der Welt erreicht: die Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung zu erhöhen, erreicht. Wenn Zukunft erfüllt das Generalabkommen des Gesamtverbandes, Dr. Kolintr. 14.

Im Jahre	bis Ende Juni	Juli	August	September	zuf.
1906	8500	660	700	690	5560
1905	3190	720	750	630	5290
1904	3990	680	670	710	5130
1903	2600	620	580	570	4350
1902	2115	520	510	510	4030

1902 | 2117 | 561 | 498 | 456 | 3632  
Sobald es sehr interessante Zahlen, die demnach bestimmen,  
er motiviert die Plagen der Unterarbeiter über den unangef-  
ten Schlag und für bessere Erfolge sorgt auch nicht,  
dass die Versorgungsmaßnahmen weiterhin in der liberale-  
ren elterlichen und Stattlichen des Geistes sich weisen würden.

Der regierungsscheue „Staatsfeind“, das Organ des  
bürgerlichen Verstandes, hat einen Aufschall hervorruhrt. Es  
reißt in seiner letzten Nummer u. a.: „Ein Arbeiter, der es  
richtig meint, kann einer solchen Bande (christl. organisierte  
antikommunistische) Gefangenheit liegen, wenn er weiß dort verurteilt  
zu verbleiben“ usw. Der Artikel ist eine „Mahnrede“ auf den  
alten Weisheit der „Bürokratensklave“ in Nr. 41, unterzeichnet mit:  
„Der Staatsfeind“ — „Zum 12. März des „Staatsfeind“ Gelegen-  
heit bekommen, seine Schimpferungen an anderen Stellen zu be-  
hören. Man sieht aber, mit welchen Mitteln diese Seite  
ihm aus arbeiten.

## Kirchhofliche Bemerkung

Zugang zum Staatsarchiv und ArchivarbeiterInnen ist freigeschalten.  
■ Schrein (Streif). Beamtensitzung (Auspeinung). Die  
offizielleste hohen Teil-Sperre verhängt in W. (Gefäß-  
zettel). Die Staatssecrets freien im Beamtenzettel. Geöffnet  
o. in Offizie für Staaten: die Geistige Sord. Schrif-  
t-Kabinett.

## Private Correspondence.

zweier und Zwischen. Nach einem lebenswichtigen Streit und Auflösung des Einigungsvereins öffnete die das Hochgerichtliche Gerichtsamt am 1. November 1906 die Tore der Stadt. Die Zeit, welche früher elf und mehr Stunden dauerte, ist auf 10½ Stunden verkürzt worden. Der Zahlstand Schaffhausen auf 12. XII. 1906 stand nach einer Einschätzung des Amtes vom 15. September 1906 so: beträgt der Stadtbewohner 47.398, wovon 1.500 Personen 1904 im Ausland wohnten. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist in Hälfte gesunken; eine ethnologische Zählung war noch nie ausgeführt. Die Bevölkerung besteht aus 1.500 Siedlern, 1.500 Arbeitnehmern, 1.500 Dienstleistern, 1.500 Kaufleuten und 1.500 Beamten. Der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft hat bei der Bevölkerungszählung ausgetilgten. Nach mit dem Kreis verglichen wird, ist es in den 10 Jahren 1901-1910 von durchschnittlich 2.400 bis 3.000 124.983. Diesen Wert kann ein Erfolg. Es hätte aber in dieser ersten Dekade keinen Zweck, doch die 10.210 Arbeitnehmer sind fast ausschließlich aus dem Ausland und Siedlern oder aus dem Ausland eingewandert, wenn gerade der Unterschied zwischen dem heutigen und dem vorhergehenden Jahr nicht so groß wäre. Der Unterschied zwischen dem heutigen und dem vorhergehenden Jahr ist sehr groß, wenn man die Unterschiede zwischen den beiden "Schweizer" Städten, Zürich und Bern, vergleicht. Der Unterschied zwischen den beiden Städten ist sehr groß, wenn man die Unterschiede zwischen den beiden Städten vergleicht. Sie sind sehr verschieden, aber sie sind auch sehr ähnlich. Sie sind sehr verschieden, aber sie sind auch sehr ähnlich.

die Gewerkschaftsorganisation die Zahl 50 erreicht. Da war  
der Standort, daß die Arbeitgeber werden, daß sie noch  
Streikende und Beurteiler hier behalten hinter  
hundert stehen sollten, daß die Unterschätzungen und dem  
entsprechend ausgetretene, was es wünschenswert gewesen wäre,  
unsere Besitzer und Bürorächer Kollegen rufen für fest, das  
sie sind und werden dafür sorgen, daß diese Streikende  
Organisation in Wesel bald verschwindet. Kollegen von  
und Büderich, wir rufen euch zu, haltet fest zur Sache und so  
daß der letzte Wahlkämpfer und Wahlbeirat unserer Orga-  
nisation zugeführt wird.

zweckmäßig-wohlfräulichen Gartengebeten.

Es wurde unter Einvernehmen beschlossen:

Es wurde unter Einvernehmen beschlossen:  
Die Ausführung von Alltagsarbeiten außerhalb des Bezirk  
bezirks sind zu verfügen.

- a. für Aufforderarbeiten, die in einer Entfernung bis zu 5 km. auszuführen sind, 1 Mf. für den Arbeitstag und jede Woche die Auslage für eine Rücksichtsfahrtstaxe,  
 b. für Aufforderarbeiten, die in einer Entfernung über 5 km. auszuführen sind, 2 Mf. für den Tag, einschließlich der Sonn- und Feiertage und für jede Woche die Auslage für eine Rücksichtsfahrtstaxe.

Dauern hse. Arbeiten zu b. längere Zeit, so ist  
dritte Woche dies Abzlage für eine Rückfahrtkarte zu  
guten. Zu diesem Falle fällt die Vergütung für  
beauftragten Sperrtag über Getreide fort.

Zu beiden Fällen wird aber die Fahrtzeit nicht  
Umbelegzeit berücksichtigt.

- der § 8 Absatz 2 erfordert folgende Voraussetzung:  
Die Arbeitgeber haben dem Arbeiter die erforderlichen  
Waffen, Güter, Mittel, Spaten, Pickelhaken und Pickel-  
sägen die Arbeitsaufgabe zu liefern. Liegt die Bauplatte innerhalb  
des Vertragsbetriebs, so ist der Arbeiter verpflichtet, G-  
und Zetteln selbst durchzuführen zu schaffen. Schnüre und Schwinden  
werben dem Arbeiter vom Arbeitgeber zum Selbstosten  
überlassen.“

Die Position 7 des § 5 A des Vertrages erhält folge-  
Kassation.

„Franz“-che und ähnliche Geschäftsaufträge ca. 10x10  
à qm. 2,50 M.“  
Die gesuchten Beschlüsse treten mit dem 10. Oktober 19  
in Kraft. Nacharbeiten oder nachträgliche Abzüge  
den gesuchten Beschlüssen hinzugeleitet, ist unzulässig.  
Anfordarbeiten, die teils vor, teils nach dem 10. Okto  
steigen, sind bei der Abrechnung bis zum 9. Oktober die ab

Görlitz, 23. Oktober. Wie uns bei Schluß der Rechnung aus Görlitz geschildert wird, ist die Lohnbewegung der Pfleger mit vollem Erfolg beendet, und wurde am Dienstag, den 22., in allen Geschäften die Arbeit wieder aufgenommen.

Fazit Südbauern.

Landsberg, 22. Oktober. Zu Anfang dieses Jahres schloß der sozialdemokratische Bauernverband mit Hochreut ein Bündnis, daß er von Münden meiste „südbewußte“ Gewerbeleute verpflichtete und desselben sehr terroristisch auftrotte. Es ist gelungen, bei meisten Deutzen unter den politisch zu hörigen. Anfangs stand wurde eine Lohnforderung erreicht, und wenige Tage darauf traten dieselben in Treib. Derselben machten auch unsere Kollegen mit. Nach vier Monaten nutzten häufige Streikende einzehen. Es ist wilder Phantasterei und großem Pfaffenmangel, wie es „Grundstein“ und in der sog. „Münchener Post“ übertrieb gestanden hat, der Staatlichkeit getormen wird. Wurden die Männer nach brennendstem Kampfe resultierender Arbeit zurückkehren. Unsererseits war es gelungen, einem Unternehmer einen Durchschlag abzuschneien, darüber hinaus führende Geister der roten Streikleitung in großer Angung versetzt. Mit allers möglichen und unmöglichsten Versuchen ließen wir unseren Kollegen das Beben zu verhindern und ihnen auch gelungen, sie zur nötigen, die Arbeit wiederzufinden. Dieser unbedeutungsvolle Erfolg bestätigt große Freude und Vertrauen. Verantwortung lag vorne, sie zwar keine, es ist bereits gerichtlich festgestellt, daß ein Teil der exponierten eroffnen, welche während des Kampfes die große Partie spielt, es freilich doppelter Vergangenheit häuft sich, daß es in keiner Weise bewiesen sind, als Leiter eines wirtschaftlichen Körpers einzutreten. Ihre geistiges Erscheinen war bei den ungünstigen Umgegenständen bald entdeckt, basellse verpflichtet, um durch Strüppel und Knallzüge zu erschrecken, wofür ihnen Strafen zugesetzt wurden, weitere werden noch folgen, den Gründen werden sie sie entfernen! Sie haben verhindert, daß Christlichkeit zu vernichten, zwecklos ihnen das Bundesrecht ebensoviel gelingen, als es ihnen andenkungen ist. Auch hier denten alle Zeichen davon, es kommt nicht mit unserer Organisation. — Deshalb

Ausgabe 22. Oktober. Von Niederlage zu Niederlage auf der sozialdemokratischen Verband die hiesigen Maßnahmen dieses im Jahre 1899 und unverdrossen wieder in einem 14monatlichen Kampfe. Am 1. Juli wurde die Forderung nach dem sozialdemokratischen und Christlichen Verband eingereicht, am 9. Juli wurde der Kampf proklamiert. Ihnen schlossen sich auch unsere Kollegen an. Ohne jedoch mit anderen Organisationen in irgend einer Weise in Verbindung zu treten. Während der Kampfesperiode kam der „Grenzstein“ und die „Kreisparteizeitung“ gespielt mit dem Regestraumel über den vermeintlichen Sieg über die „Roten“ und die „Christlichen“. Aber nicht lange während die Segel drehten sich. Die sozialdemokratischen Organisationen füllten ihren eigenen Innungsgewissen in den Kassen. Auf ihr Einverständnis gestoßen, prachten sie noch, daß auch sie organisiert. Und tatsächlich stellte sich heraus, daß diese Sozialdemokratie mit zu den Elitetruppen des soz. Gewerkschaftsverbands gehört. Der Vorsitzende der roten Hörnerarbeiter sollte in einer öffentlichen Versammlung, in den Louren wurde, mit es, die Beamtenarbeiter bei diesem Sonderfall folgen, jetzt, daß sie von der ganzen Sonderierung keine Abwendung hatten. Ihr Beschuß, den sie in einer Resolution niedergeschlagen, war ungefähr folgender: „Rechtsgrund für die Organisation des sozialdemokratischen und Christlichen Verbands ist die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland, wie sie sich selbst bezeichnet, eine Partei ist, die sich auf die sozialdemokratische Idee und die sozialdemokratische Praxis stützt.“

... und so kann man sich diese Eindrücke veranlaßt, Gremienarbeit zu denken. Erfolg dieses planlosen Streifens war eine vollständige Ablenkung. Simone bewußter zeigt sich jetzt, daß, sobald man etwas besser erkannt wurde, die roten Söldner eine Art ergriff. Dieses ist unter anderem daraus zu schließen, daß die Sozialdemokratie, David, der roten Männer zu einer offiziellen Organisation liege. „So, jetzt fängt es an zu interessieren, ob sie ein Gremium haben oder nicht, ob sie einen Stoff haben, damit über Tropfen gebliebenen Menschen während des Streifens durch die Schule gehen.“ fragt. Die von dem Streifenzug ausgelöste Sorge kann kaum zwischen den „Schülern“ und „Juden“ verteilt, und wie leben sie da, wie berichten sie darüber, daß die „Schüler“ sind, nicht ausgemerzt? Mitgliedschaft ist erstaunt läßt sich und nicht allein von diesen aus dem roten Lager, die das Gremium einnehmen, holen.

## Gewerbeauskünften.

Am über wichtige Verhandlungsbeschlüsse und sonstige  
sendet man sofort an die Redaktion des Fach-  
blattes. Mitteilungen können noch Dienstage  
für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

## Verhandlungsrat an alle Bahnhöfen-Vorstände und Verbands-Vorsteher.

13. Oktober kam ein Bemerkter namens Georg Huber  
ausheim nach Münster i. W. zugereist, stellte sich auf  
Bauauftrag des christlichen Bauhandwerkerverbandes vor und  
Unterstützung. Auf Befragen, ob er sein Mitgliedsbuch  
habe, erklärte er, es wäre beim Passierer in Hildes-  
heim auch stimmt. Nach langem bitten und  
möchte ihm doch eine Kleinigkeit liefern, um sich  
zu zeigen zu lassen, weil er alles in Hildesheim hätte  
anfangen wollen zu arbeiten bei der Betongesell-  
schaft, wurden ihm fünf Mark geliehen. Auch gab der  
dass er verheiratet wäre und doch nicht so lange fehren  
würde, das Handwerkzeug läme. Dann bat er um eine  
Kunststätte, dass er sich auf dem Bau ausweisen könnte  
will. Auch diese wurde ihm ausgestellt, weil denselben  
wollte. Am 14. Oktober vormittags ging der  
nach dem Versammlungskontakt und fragt an, ob nicht  
zurückzugehen wäre. Der Wirt erklärte: Er selbst  
ist da, aber sein Vertreter. Darauf erklärte er, er wäre  
mit dem Bauunternehmer herbestellt worden, um sich Unterstützung zu  
holen: er sollte dieses zum Pfand behalten, wenn er  
seinen Glauben schenken wollte. Darauf gab ihm auch  
fünf Mark. Doch als „guten Ding“ müssen drei sein.  
Am Abend ging er nach dem Wirt, wo sich das Aus-  
kunftsbüro des Vertrags abends befindet, erklärte diesem, er  
im Vorlesungsbüro geschäftig worden und sollte  
Mark Unterstützung holen, weil denselben keine Zeit  
auszahlen gehabt hätte und auch verreisen müsste.  
Auch hielt die Legitimationssatzung mit dem Stempel  
Unterstützung und bat, bis sich der Wirt erwidern ließ  
auch fünf Mark gab. Als Montag, den 15. Oktober,  
stellte sich auf dem Bau erklundigte, wo er anfangen  
hat er nicht anwesend; auch wusste man auf dem  
Satzung von dem Betreffenden. Als im Laufe der Woche  
zurückkehrte zu den Wirkten der Versammlungskontakt, kam  
dass er nicht der Kleingehärtete war, sondern noch  
mehr. Daraum rufen wir den Bahnhöfen zu: Höret euch  
die Elemente. Die Sache ist der Kriminalpolizei über-  
geben, bis jetzt noch ohne Resultat. Sollte derseine in an-  
bahnhöfen dasselbe Spiel treiben, so lasst ihn gleich

## Der Vorstand der Verwaltungsstelle Münster.

### Dachdecker.

10. Oktober. In unserer Bahnhöfe, die sich in  
Jahre überhaupt eines großen Fortschrittes erfreut haben,  
Zeit eine beträchtliche Anzahl Dachdecker und  
anderen angeschlossen, so dass es in der nächsten Zeit  
Gründung einer Filiale der Dachdecker kommen wird. Die  
versprochen recht fleißig zu agitieren, damit hier am  
auch für ihren Beruf Verbesserungen eingeführt werden  
hier im Kreise Ruhrort, wo ja eine solche starke Bau-  
arbeit herrscht und eine große Anzahl Dachdecker und  
anderen beschäftigt sind, haben sich erst ein kleiner Teil  
dieser Berufe der Organisation angeschlossen; der „freie“  
verbund gibt sich auch sehr viele Mühe, um hier selbst  
zu haben, sogar mit einem Sozialtarif für Dachdecker  
in Duisburg abgeschlossen haben will, was natürlich  
nicht wird operiert. Hoffentlich werden die hiesigen Dach-  
decker noch bestimmen, ehe sie dem „freien“ Dachdeckerber-  
verbund, der ja jetzt bei Bettelmann vor dem Geld-  
amt Bauteile und Umgegend, tritt ein in den General-  
christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, wo eure  
euer gut vertreten werden, und wo ihr nicht notwendig  
antritt zu beteiligen.

### Stukkateure.

In der heutigen Versammlung konnte unsere junge  
dazu übergehen, einen Vorstand zu wählen. Durch  
agitatorische Agitation unsererseits ist es gelungen, schon 25  
für unsere Sache zu gewinnen. Kollege Denner (Essen)  
die Kollegen tren zur Fazit zu halten und hofft,  
die Steele einst aus dem roten Lager heizen möge:  
lich sind Triumph, wie im „Stukkateur“ Nr. 39  
Allendorf zu lesen ist. Aus der Vorstandswahl gingen  
die Kollegen: Fr. Wengeroth erster, Fr. Herrmanns,  
Vorsitzender, Math. Genjen, Beisitzer; Büchner,  
Vorstand und Kartelldelegierter. Die anwesenden Essener  
vertraten, den Steele mit Rat und Tat zur Seite  
Kollege Hahn versprach, in der nächsten Versammlung  
Vorstand zu halten über den organisierten und den indi-  
viduellen Bauteile und Umgegend, tritt ein der letzte Kollege von  
der Stadt in unseren Reihen ist, besucht fleißig die  
Gesellschaft, sowie tüchtige Auflösungsarbeit, denn diese  
haben das stärkste Bollwerk gegen innere und äußere

### Gipser und Stukkateure.

Mülhausen i. E. Der Stukkateur- und Gipserstreit hat  
erreicht durch das kaum mit Wörtern zu belegende  
der Genossen im roten Stukkateurverband. Mülhausen  
mehr Beweis dafür, dass diesen Leuten jedes Mittel  
ob Gerechten der Arbeiterinteressen oder sonstwas,  
um ihre falschen Pläne durchzusetzen und vor allem  
Gewerbeleuten eins verpassen können. So ist es  
achtbar, wo diese Gelehrten schon so manchen Streich  
hergeholt haben, und so ist es in der Baubranche  
der alte Tarif in der Baubranche am 1. Juli 18  
da waren diese Leute so albern, dem alten Tarif  
eine Fortsetzung von 65 Pf. entgegenstellen zu wollen.  
dass der alte Tarif haushaltlich unserem Ein-  
vernehmen war; boten doch die Genossen unserem  
Büro damals 10 Pf. als Entgelt für seine  
Arbeitung an, die er natürlich zurücknahm. Dieses Jahr  
wurde den Dauert abgestattet, diese Gelehrten. Gumm-  
aktion in den Streit treten, als die Bimmerer noch  
so ein Erfolg völlig ausichtslos war, da die  
Büro stilllagen. Dann, als wir in den Streit traten,  
unsere Leute gewisslich zu machen, sie müssen um  
kommen, in den roten Verband geben. Auch diesen  
genommen wir ihnen ab. Die Gipsermeister boten  
uns fünf Wochen beantragt, dann die Streit ein-  
zustellen an die Bauunternehmer zu richten zwecks Leben-  
arbeit von diesen, um die Gipsermeister im Deut-  
schen Vertrag und Kämmerei, aber das Refus  
bedeutend und unterblieb es in 18 Tage später  
die Meister einen Vertrag an, der dieses und nächstes  
Jahr Arbeitung des Rohnes vorlässt. Auf diesen  
Meister die „Genossen“ hinter unserem Rücken mit-  
getragen. Das gezeichnete Schreiben vom 25. d. 97. rellt mit  
bedeutet mit, dass wir mit ihrem zugesetzten Tarif uns  
nicht zurückziehen können. Mit solchen Bluff-

hausparagaben sind wir als freie Arbeiter noch lange  
nicht einverstanden. Unsere Klasse ist erst erschöpft, wenn es  
ganz schreibt. Hochachtend: Die beiden Vohntkommissionen  
im Rütt der Versammlung.

Heute versucht diese Gipserhaft, diesen Brief abzulügen, doch  
wir wissen, welcher Bube der Schreiber ist.

Um die schändlichen Wirkungen dieses Briefes abzuschützen,  
teilten wir den Meistern mit, dass wir auf Grund des Tarifs  
zu Unterhandlungen bereit wären. Die Verhandlungen verließen  
jedoch resultlos, trotzdem Herr Wunnburger in Bezug auf  
Vohns unter denselben Vorschlag machte, der jetzt von den  
Noten unter Führung ihres Beiträts vorzuhaben  
Odenthal hinter dem Rücken der Christlichen angenommen  
wurde. Nach den Verhandlungen erklärten damals noch die  
Herren Gozis, unter 60 Pf. pro Stunde durchaus nicht arbeiten  
zu wollen. Sie machten da aber wohl die Rechnung ohne  
ihre Zentralstelle. Das zeigt natürlich nicht von einer Klasse,  
die nicht eher erschöpft, bis dass es „grün schneidet“, sondern  
eher von einer, worin Ecke ist. Wir waren uns klar, dass  
wenn für dieses Jahr 55 Pf. Stundenlohn erreicht würde,  
man ganz gut über die Annahme diskutieren könnte und auch  
wohl allgemein angenommen würde. Nach diesen fehlgeschlagenen  
Verhandlungen sagten wir uns aber auch, dass nun allen Ernstes  
mit der bisherigen Streitkraft gebrochen werden müsse, denn  
so lange wir den Gipsermeistern die Arbeit hätten, waren  
die Bauherren und Bauunternehmer auf die Gipsermeister an-  
gewiesen, und die Gipsermeister sagten sich, unser Verdienst  
geht uns ja nicht verloren; die Arbeiten machen wir ja doch,  
wenn jetzt nicht, so doch später. Es galt also, einen Weg einzuschlagen,  
der besser geeignet war, das gesetzte Ziel zu erreichen. Außerdem war die Nachfrage nach Gipsern von Seiten  
der Bauherren und Bauunternehmern eine so starke, dass wir  
uns wohl Erfolg versprechen könnten, wenn wir nun die Arbeit  
bei den Gipsermeistern aufnehmen würden. Es wurde, als  
unser Bezirksleiter Rott hier war, diese Frage noch einmal  
gründlich besprochen und eine gemeinsame Sitzung beider Lohn-  
kommissionen einberufen. In dieser Sitzung wurde die Sach-  
lage vom Kollegen Rott vorgetragen. In der Besprechung nahmen  
die Noten erst eine schwankende Haltung ein, stimmten dann  
aber zu. Eine Befreiung wurde die Gipsermeister von  
den Vorschriften der roten Lohnkommission, welche  
hatten wir die Arbeit bei den Unternehmern und Bauherren  
aufgenommen, schreibt der „Stukkateur“. Aber wie sieht es  
in Wirklichkeit aus? Erstens sind die Verträge, welche von den  
Bauherren und Bauunternehmern durch Unterschrift anerkannt  
werden mussten, gemeinsam festgesetzt worden, die, nebenbei  
bemerkte, einen Stundenlohn von 68 Pf. vorsehen. Weiter  
wurde der Vorschlag der roten Lohnkommission, in  
einem Bauherrn und Bauunternehmer zu miteinander,  
um Gipserarbeiten anzunehmen! Dies be-  
weist gewiss die Verlogenheit jenes „Stukkateur“-Berichterstatters.  
Nachdem von unserer Seite die Arbeit bei den Bauunternehmern  
aufgenommen war, kam dann plötzlich der Zentralvorsitzende  
Odenthal in Mülhausen an; hinter dem Rücken der Christlichen  
wütete dieser Mensch die von den Christlichen geschaffene Lage  
für seinen geplanten Verrat aus. Die Gipsermeister, welche  
bis jetzt mit einer gewissen Ruhe dem Streit zugeschaut hatten,  
waren auf einmal aus ihrer Ruhe aufgescheucht. Viele Arbeiten,  
auf welche sie gerechnet hatten, wurden ihnen plötzlich entzogen  
und durch die streitenden Gipser ausgeschüttet. Immer mehr Bau-  
herren traten mit der Aufforderung an die Gipsermeister heran,  
die stehenden Bauten nun sofort anzufangen, andernfalls die  
Arbeit den streitenden Gipsern übertragen würde. Diese Situation  
wurde Odenthal aus, um seinen hässlichen Plan auszuführen.  
Wein er nun auch für dieses Jahr einen Pfennig mehr heraus-  
brachte, unter Berücksichtigung auf einen Pfennig Auflage im  
kommenden Jahre, auch einige sonstige Schärfen aus dem Unter-  
nehmervertrag be seitigen konnte, so war dies doch nur möglich  
unter dem Druck, der von der Christlichen Organisation ausgeübt  
wurde. Wie die Arbeitgeber auch selbst zugestanden, haben die  
selben den Vertrag auch nur mit den sogenannten „Freien“ ab-  
geschlossen, um sich an der Christlichen Organisation für ihr  
Vorgehen, wogegen nach Meinung der Gipsermeister selbst  
die Polizei hätte einschreiten müssen, zu rächen. Schön ist, dass  
die Bauherren 5 Pf. Lohn pro Stunde mehr zahlen, als der  
abgeschlossene Vertrag vorsieht. Im „Stukkateur“ bezichtigen  
die roten Westverbesserer uns, dass wir Material von den  
Gipsermeistern verarbeiteten. Zu den Gipsermeistern gehen sie  
hin und denunzieren unsere Mitglieder, weil sie kein Material  
von den Gipsermeistern verarbeiten wollen! Man sieht hier  
die Moral dieser Kunden. Wenn im „Stukkateur“ nun noch  
geschrieben wird: Selbstverständlich wird Herr Rott und seine  
Folte nun über Verräterei januieren, so spricht da nur das  
böse Gewissen, das sich sagt: selbstverständlich wird man den  
Verrat festnageln. Summa: Wir haben hier prächtige Erfah-  
rungen gesammelt über die Unzulänglichkeit des roten Stuk-  
kateurverbandes, der ja dieses Jahr von einem Streitbruch zum  
anderen geschritten ist. Jedenfalls nicht, weil an der Ecke „zu viel“  
Geld war. Erst schreibt man den Meistern wegen eines  
Vertragsangebotes dreidige Briefe, und hinterher, wenn wir  
die Meister in Druck gebracht, dann läuft man schnell hin  
und schlägt denselben Vertrag, der angeboten war, hinter unserem  
Rücken ab, trotzdem die Bauunternehmer 5 Pf. Stundenlohn  
mehr zahlen. Diese „Leistung“ werden wir noch recht oft dem  
Gepöhl preisgeben, darauf kann sich Odenthal und Co. verlassen.

### Maurer.

Aachen, 17. November. Am 14. November findet die Wahl der  
Vertreter für die Krankenkasse 6 in Aachen, in der weit über  
3000 Mitglieder versichert sind, statt. Unsere Mitglieder der ver-  
schiedensten Berufe sind größtenteils Mitglieder dieser Kasse.  
Wer noch etwas darauf hält, dass seine Standesrechte und  
Standesehrung gewahrt werde und seine Rechte, soweit sie durch  
die soziale Gesetzgebung uns gesichert sind, wird und muss  
bestrebt sein, dieselbe auch zum Ausdruck zu bringen. Der  
Ausbau der sozialen Institutionen, wie Krankenkassenwesen,  
Gewerbegerichte usw. muss für den echten Gewerbeleuten  
nicht weniger wichtig sein, wie die Verbesserung der Löhne  
und Arbeitsverhältnisse. Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse 6  
am 14. November gilt es, gute geeignete Vertreter zu wählen,  
welche die Interessen der Kassenmitglieder zu wahren ver-  
stehen; andererseits haben sie auch die Pflicht, das Wohl der  
Kasse im Auge zu behalten, auch haben die Kassenmitglieder  
ein Interesse an einer guten, leistungsfähigen Kasse. Zum  
größten Teil werden die meisten Kollegen sich zum erstenmal  
an dieser Wahl beteiligen. Leider haben sie früher nicht ge-  
nugend Interesse für diese wichtigen Angelegenheiten gezeigt  
und dadurch sich fast gar nicht an den Wahlen beteiligt und  
daher ist es auch so weit gekommen, dass die Kasse 6 von den  
Sozialdemokraten besetzt worden ist. Also bis jetzt sind  
die Interessen der Kollegen und Kassenmitglieder den Sozial-  
demokraten in die Hände gegeben. Fürwahr, ein Armat-  
zeugnis für christliche Arbeiter. Das muss anders  
warden. Die verwerfliche Gleichgültigkeit gegenüber den  
gewerbschafflichen Fragen muss abgestreift werden und zwar  
gar bald. Wir stehen jetzt vor einer Vertreterwahl zur Kranken-  
kasse. Da ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich diesmal  
an der Wahl zu beteiligen. Die Wahl findet am 14. November  
in Piemers Lokal, Pontstr. 56, statt und zwar vormittags von  
10-1 Uhr und abends von 5-9 Uhr. Es werden 16 Vertreter  
gewählt, 12 Delegierte und 4 Ersatzdelegierte. Aus diesen  
Delegierten setzt sich der spätere Vorstand zusammen, der  
in der Generalversammlung gewählt wird. Aus den Kassen-  
kassenvorständen werden dann auch die Beisitzer für das  
Schiedsgericht für Unfallversicherung gewählt. Daraus ist zu  
erschsen, wie wichtig die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse

ist. Wahlberechtigt sind alle Arbeiter der Bauberufe: Maurer,  
Stukkateure, Steinbauer, Fliesenleger, Zimmerer, Zement-  
arbeiter, Philosopharbeiter, Gründarbeiter, also sämtliche im  
Bau berufen beschäftigten Arbeiter, soweit sie in der Kasse 6,  
21 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte  
sind. Wahlbar sind die grossjährigen männlichen Personen.  
Wer wählen will, muss sich eine Wahllegitimation von seinem  
Arbeitgeber ausstellen lassen. Verweigert der Arbeitgeber  
dieses oder sucht er sich durch die für ihn entstehende Arbeit  
vorbeizudrücken, so branchen die Kollegen nur zur Geschäfts-  
stelle, Pontstr. 45, oder Karlsgraben 49, zu gehen, wo ihnen  
dieselbe ausgestellt wird. Hier können aber auch unsere Bau-  
delegierten etwas Grosses leisten, wenn sie wollen. Um für  
die Beschaffung der Wahlbescheinigung für den einzelnen den  
Weg zum Arbeitgeber, welcher manchmal weit ist, zu er-  
sparen, kann der Bau oder Platzdelegierte die Sache in die  
Hand nehmen. Er schreibt die Namen der auf dem Bau oder  
bei dem Meister Beschäftigten auf eine Liste und lässt die  
Wahlbescheinigung vom Arbeitgeber vorher ausfüllen und  
unterschreiben. Er holt sie nachher ab und verteilt dieselben  
an die bestimmten Kollegen. Die Formulare sind auf unserer  
Geschäftsstelle zu haben. Versetzen kein Kollege, am  
Tage der Wahl zu wählen, ebensowenig die Wahlbescheinigung  
zu beschaffen, da er sonst nicht wählen kann. Wen wählen  
wir als unsere Vertreter? Wir Bauarbeiter sind mit dem  
grössten Prozentsatz an der Wahl beteiligt. Für unsere  
Kollegen, sowie für alle christlichen Arbeiter ist es Pflicht,  
darauf zu achten, dass sie nur die Kandidaten wählen, welche  
ihnen vom christlichen Gewerkschaftskartell vorgeschlagen  
werden. Unsere Vorstände vom christlichen Bauhandwerker-  
verband sind zusammengetreten und haben geeignete bewährte  
Kollegen aufgestellt, die sie dem christlichen Gewerkschaftskartell  
präsentieren. Also die Augen auf und lasst euch nicht,  
wenn die „Roten“ mit Flugblättern kommen, irrführen. Die  
Roten marschieren unter dem Namen „freies“ Gewerkschaftskartell.  
Handelt nur nach den Flugblättern und der Parole, welche  
vom christlichen Gewerkschaftskartell unterzeichnet sind.  
Versetzen keiner, sein Wahlrecht auszuüben. Einmal hole  
den andern heran. Alle Baudellegierten, heran an Bord und  
mitgearbeitet und der Sieg ist unser.

Wanne. (Sozialer Wahl.) Am 15. Oktober fand hier die  
Wahl der Arbeiterveteraner zur Ortskrankenkasse statt, welche mit  
einem glänzenden Sieg der christlichen Kandidaten endigte. Ab-  
gegeben wurden im ganzen 353 Stimmen, davon erhielt die  
christliche Liste 246, die der „Freien“ 105 Stimmen. Noch bei  
keiner Wahl war die Befreiung an derselben so stark, wie jetzt;  
anerkannt muss werden, dass unsere Wanner Kollegen hierzu recht  
fleißig agitiert sowie sich auch fast vollständig an der Wahl be-  
teiligt haben. Die Niederlage der freien Gewerkschaften ist  
dem mit diesem eng verwandten Bodumer Sozialblatt schwer  
auf die Nerven gesessen, indem es in seiner Nr. 243 bei Bekannt-  
gabe der Resultate, von einem nicht aufzuhören wollenden christlich-  
nationalen Indianergeist faselt. Was hätten wohl im Falle  
des Sieges der Genossen, um den nämlichen Ausdruck zu ge-  
brauchen, für ein Gehext angestimmt? Vielleicht ein zoologisches?! — Dann müsste ein Flugblatt unsererseits herhalten,  
worin die in Windeln und Stemscheid vorgekommene Misswirtschaft  
in der Kasse seitens der Genossen festgestellt war. Es wurde als  
sozialdemokratisches „Volksblatt“ über unter Flugblatt und man glaubt,  
die Verfasser desselben wären überdaran, wenn sie sich wegen  
Besleumung vor Gericht verantworten müssten. (Au! au!) Die Verfasser desselben nehmen auch nicht ein Wort zurück von  
dem, was im Flugblatt behauptet ist. Kollegen, der Wannen  
über die Niederlage der „Freien“ beweist uns, dass wir  
eine sehr wirkliche Stelle verloren haben. Der Aussatz der  
Wahl führt uns klar vor Augen, dass wir mutig zusammenarbeiten,  
der Erfolg auch nicht ausbleibt. Vorwärts auf der Bahn. Rüchtig für unsere Organisation gearbeitet,  
damit erzielen wir auch auf anderen Gebieten die nämlichen  
Erfolge. Vor Bekanntmachung des Resultats glaubten die Ge-  
nossen, den Sieg schon in der Tasche zu haben, müssten aber mit  
langen Gesichtern abziehen. Auch hier kann man sagen: Schütz dich Gott, es war so schön gewesen, Behüt' dich Gott, es hat  
nicht sollen sein.

Hamborn, 10. Oktober. Dass wir noch eine klüge Agi-  
tationsarbeit zu leisten haben, beweist unsere aufgenommene  
Statistik, auf die sich unserer Vorsitzender in der Generalversammlung  
bezog. Es sind noch über 100 Maurer und 200 Bauarbeiter  
indifferenter. Wit Rott wies es darauf hin, dass mehr wie bisher  
oder Kollege mitarbeiten müsse und nicht dem Vorstande alles  
zu übersetzen. Auch wurde lebhafte Beschwerde geführt, dass  
die verziehenden Mitglieder sich so wenig anmelden, und man  
so keine Übersicht hat. Es muss doch jeder Kollege seinen Ver-  
oder Umzug dem Vorstande melden. Faule Zahler sollen bei  
fünf Wochen Rückstand von einem Vorstandsmitgliede gemahnt  
werden. Auch muss noch Gewicht auf das Baudelegiertenystem  
gelegt werden, um eine Büchereikontrolle des öfteren vornehmen  
zu können. Ebenfalls wurden die Revisoren verpflichtet, des  
öfteren die Bücher und die Kasse zu revidieren, und der Ver-  
sammlung Bericht zu erstatten. (Sehr gut. E. R.) In den Vor-  
stand wurde der bisherige 1. Vorsitzende wiedergewählt; als  
Vassierer P. Kieser und als Schriftführer W. Haß. In der  
nächsten Versammlung wird ein Vorstand gehalten.

Hannover I. (Maurer) 10. Oktober. Am 4. Oktober hielten  
wir unsere Generalversammlung ab. Unser Vorsitzender wies  
auf das verflossene Jahr hin. Die Mitgliederzahl des Ver-  
bands hat sich verdoppelt. Unsere Verwaltungsstelle hat die  
beiden letzten Jahre nicht zu zugemessen, wie die vorigen Jahre.  
Das macht, weil wir keine Indifferente zu verzeichnen haben.  
36 Versammlungen und 20 Vorstandssitzungen haben stattgefunden.  
Fünf Kollegen sind durch den Tod ausgeschieden und zwar  
durch Unfall. — Der Arbeitsvertrag läuft 1907 ab; von 25. Novem-  
ber bis 25. Dezember müssen wir unsere Forderungen bei  
Arbeitgebern einreichen. — Der Kollege Bergmann sprach den  
Vorsitzenden im Namen der Versammlung seinen Dank über  
den Bericht vom verflossenen Jahre aus. Hierauf nahm Koll.  
Windolph das Wort zur Vorstandswahl. In der Vorstandswahl  
sollte zu beraten, den 1. Vorsitzenden und den Lokalbeamten zu  
trennen; dieses wurde von der Versammlung abgelehnt. Um  
im Mai nicht schon wieder zu wählen, stellte Koll. H. Hagemann  
den Antrag, den Lokalbeamten bis zur nächsten General-  
versammlung zu wählen. Dasselbe wurde angenommen. 1. Vor-  
sitzender wurde Koll. Windolph, Kassierer Koll. Bodmann und  
Schriftführer Koll. Kieser. Es wurde nun zur Gehaltsfrage  
geschriften, dem Kassierer 100 und dem Schriftführer 30 Pf.  
Mark für das Polizeibureau für Rechtsdienst beibehalten. Der  
Kollege Bergmann stellte den Antrag, die tägliche Versammlung  
einzuführen und in der Vorsitzende Vorstands- und  
Baudelegiertenversammlungen abzuhalten. Der Antrag wurde an-  
genommen. Mit einem dreifachen vom Rücken des Vorsitzenden  
die Generalversammlung.

Giebel I. (Maurer) 10. Oktober. In unserer Generalver-  
sammlung am 5. Oktober eröffnete zunächst der Vorsitzende den  
Fahrsbericht. Steiner berichtete einen kurzen sozialen Über-  
blick über das verflossene Jahr zu geben. Mitgliederbestand  
war 366. Mitgli

